Bezugspreis: [illegible]

Anzeigen: [illegible] Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Kleinste Anzeigen auf der Privatseite [illegible] Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" [illegible] 40 Pfg. Grundzeile für Anzeigen über nach Feiertagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 20 Pfg., bei 10 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Beilagen nehmen sämmtliche gewährte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Mängel eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

L. Paul Liebe Dresden.
Liebe's Malzextract-Bonbons, ächte, in Dosen und Beuteln zu 20, 25 und 40 Pfg.
Liebe's Malzextractschaum-Kugeln (Röstmaltin) in Gläsern zu 35 Pfg., bewährte Hustenmittel: in den Apotheken.

(D. R.-P.) **Thüre zu!** Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser **Thürschliesser.** 80,000 St. im Gebrauch. Prospekte gratis u. franco. **Curt Heinsius,** Königl. Sächs. Hoflieferant, Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tiackstr. (Fernsprechamt II. Nr. 2100.)

L. Weidig, Waisenhausstr. 34. Grosses Lager von **Neuheiten elegant garnirter Damenhüte.** Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, **Paris** und Wien.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Edeltannenduft, höchst angenehmes, ozonisirendes Zimmerparfüm, Fl. 1 Mk. **Franzbranntwein,** echt, mit und ohne Salz, Flasche 75 Pf. bis Mk. 1.50. Prompter Versandt nach auswärts. **K. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.**

Specialität: Vernickelung von Schlittschuhen. Dresdner Vernickelungsanstalt **Otto Büttner,** Falkenstrasse 1—3, Hofgebäude.

Nr. 342. Spiegel: Reformpartei und die Konservativen. Taufe des Prinzen, Hofnachrichten, Niels, Weihnachtsschau, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Ausstellungspalast-Concert, Grützmacher-Concert. | Muthmaßliche Witterung: Aufklärend, kälter. | **Freitag, 11. Dezbr.**

Politisches.

„Nichts ist thörichter, als politische Renommage!" verkündete Herr Liebermann v. Sonnenberg in einem Vortrage, den er am Dienstag in einer Berliner Versammlung über die Stellung der deutsch-sozialen Reformpartei zu den Konservativen hielt. Und doch besteht dieser Vortrag in der Hauptsache aus nichts Anderem als aus eitler politischer Renommage zu Ehren seiner eigenen Persönlichkeit und seiner Partei. Solche Renommage war allerdings auch sehr nothwendig, um einigermaßen das Fiasko der Versammlung zu verhüllen, die Anfangs von wenig über — hundert Personen besucht war; im Laufe des Abends stieg die Theilnehmerzahl auf 180, ein ergreifendes Symptom für den von der reformerischen Presse in letzter Zeit so krampfhaft behaupteten Fortschritt der deutsch-sozialen Bewegung. Widerliche Renommage ist es, wenn der Führer der Reformer die Behauptung aufstellte, jener Herr René, der auf Veranlassung des Kommissars v. Tausch in dem Prozeß Leckert-Lützow als Zeuge aufgetreten war, habe ihn um deswillen nicht gefordert, weil er schon vorher wußte, was aus ihm geworden wäre; und nicht minder renommistisch ist es, wenn er betheuert: Wir, die deutsch-sozialen Reformer, haben stets gesucht, auf Kosten der demokratischen Parteien den Besitzstand der rechten Seite, d. h. der Konservativen, zu vergrößern. Wäre dies wirklich stets der Fall gewesen, hätten die Agitatoren der Partei Zimmermann allezeit, wie Herr v. Liebermann soeben behauptet hat, in der Treue zu Kaiser und Reich ihren Berührungspunkt mit den Konservativen gesucht, dann wären die sächsischen Reichstagsmandate der deutsch-sozialen Reformpartei nach wie vor in den Händen der Konservativen. Thatsächlich haben die Reformer niemals den Grundsatz befolgt, den wohlerworbenen konservativen Besitzstand zu achten und nicht in Wahlkreise einzudringen, die als alte Domäne der konservativen Partei betrachtet werden mußten. In Sachsen haben vielmehr die Herren Zimmermann und Genossen ihre Thätigkeit fast ausschließlich auf Wahlkreise konzentrirt, die seither vorwiegend oder durchweg konservativ gewählt hatten, und vermöge einer gewissenlos-demagogischen Agitation, mit der die Konservativen aus Rücksicht auf Patriotismus, politischen Anstand und Ehrlichkeit nicht zu konkurriren vermochten, haben sie einen Theil dieser Wahlkreise an sich gerissen. „Demokratisch", sagte Herr v. Liebermann am Dienstag, „kann unsere Partei nicht werden, da Demokratie und Liberalismus verjudet sind." Und doch sind es vornehmlich die verjudeten Parteien gewesen, denen die deutsch-sozialen Reformer durch die Haltung, die sie seit 1893 bei den Wahlen zum sächsischen Landtage wie zum Reichstage eingenommen haben, bewährte Bundesgenossen geworden sind.

Es mag hier zunächst an die Stellungnahme der Reformer bei den vorletzten und letzten Ergänzungswahlen zum sächsischen Landtage erinnert werden. Im Oktober 1893 traten die Reformer, die sich damals mit der deutsch-sozialen Gruppe des Herrn v. Liebermann noch nicht vereinigt hatten, zum ersten Male mit selbstständigen Landtagskandidaturen auf. Trotz ihrer größten Kraftanstrengungen vermochten sie indeß nicht einen einzigen Kandidaten durchzubringen; der einzige Erfolg, dessen sie sich rühmen konnten, war der, daß in dem Wahlkreise Dresden-Antonstadt nicht der bisherige konservative Vertreter Geh. Rath Klemm, sondern ein Sozialdemokrat gewählt wurde. Dieser Sozialdemokrat erlangte das Mandat mit nur 1540 Stimmen, während die Konservativen und die Reformer zusammen weit über 200 Stimmen abgegeben hatten. Wäre es den Letzteren ernst gewesen mit ihrer angeblich rückhaltlosen Bekämpfung der Sozialdemokratie, so hätten sie nicht rücksichtslos eine Sonderkandidatur aufstellen dürfen, die thatsächlich nur dahin abzielen konnte, den Umstürzlern den Sieg zu sichern. Im vorigen Herbst wurde genau dieselbe Taktik befolgt: Sonderkandidaturen zu Gunsten der Sozialdemokratie. Der Erfolg war derselbe: nicht ein einziger Reformer wurde gewählt; die Früchte der reformerischen Taktik heimste die Umsturzpartei ein, indem ihr diesmal in Folge der reformerischen Sonderkandidatur Dresden-Friedrichstadt zufiel. Ohne diese Sonderkandidatur hätte die rothe Internationale den Sieg in diesem Wahlkreise niemals erringen können. So hat bisher bei den sächsischen Landtagswahlen die Partei des Herrn v. Liebermann die Wahrheit der Behauptung dieses Agitators bekräftigt: Wir haben stets gesucht, auf Kosten der demokratischen Parteien den Besitzstand der rechten Seite zu vergrößern.

Nicht anders hat die deutsch-soziale Reformpartei bei den Reichstagswahlen, die seit 1893 in einzelnen Wahlkreisen vorzunehmen waren, ihren Patriotismus, ihre Treue zu Kaiser und Reich an den Tag gelegt. Es genügt, nur einige Beispiele hervorzuheben. Bei der Reichstagsersatzwahl für den 25. sächsischen Wahlkreis Plauen i. V. im Frühling 1894 trug wesentlich die deutsch-soziale Sonderkandidatur des Herrn Max Schubert-Chemnitz dazu bei, den Wahlkreis, der vorher einen konservativen Vertreter gehabt hatte, den Sozialdemokraten zu überantworten. Obwohl Herr Schubert wenige Monate vorher die Kartell-Erklärung der 100 Mitglieder der Ersten und Zweiten sächsischen Kammer gegen die Umsturzpartei unterzeichnet hatte, brachte er es dennoch fertig, eine Stimmenzersplitterung herbeizuführen, die, wie der Ausgang des Wahlkampfes bewies, den ausgesprochenen Feinden von Kaiser und Reich zu Gute kam. Bei der Reichstagsstichwahl im Kreise Eisenach im April des verflossenen Jahres proklamirten die dortigen Reformer die Stimmenthaltung und verschafften dadurch dem freisinnigen Vorkämpfer des Judenthums und der Richter'schen Demokratie den Sieg über den Kandidaten, den die Konservativen und der Bund der Landwirthe aufgestellt hatten. Der Beschluß, sich der Stimme zu enthalten, war von den Eisenacher Reformern einstimmig gefaßt worden, und angesichts des bei dem ersten Wahlgange erzielten Stimmenverhältnisses konnte es nicht zweifelhaft sein, daß es den Reformern darauf ankam, einen Reichstagssitz der konservativen Partei zu entziehen, weil sie diese vom Standpunkt ihrer selbstsüchtigen Parteiinteressen für unbequemer und gefährlicher ansah, als Judenthum und Demokratie. Auch den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis Dresden-Land, der Jahre lang zum Besitzstande der konservativen Partei gehört hatte, haben die Sozialdemokraten aus den Händen der Reformpartei empfangen. Zwei Jahre hatte diese den Kreis innegehabt; aber diese kurze Zeit war vollkommen ausreichend gewesen, um die Früchte der reformerischen Wirksamkeit, die angeblich dem nationalen Gedanken und den Bestrebungen des Antisemitismus und der Mittelstände in Stadt und Land hatte zu Gute kommen sollte, reif werden zu lassen für die Sozialdemokratie, dergestalt, daß diese ohne besondere Anstrengung den Wahlkreis schon beim ersten Ansturm an sich zu reißen vermochte. Nicht minder hat der Verlauf der Wahlkampagne für die Reichstagsersatzwahl in dem westfälischen Wahlkreise Halle-Herford im vorigen Winter einen Beleg dafür erbracht, wie die deutsch-sozialen Reformer auf Kosten der demokratischen Parteien den Besitzstand der Konservativen stets zu vergrößern bestrebt gewesen sind. Dort wäre schon beim ersten Wahlgange der konservative Kandidat gewählt worden, wenn es der Genosse der Herren Liebermann-Zimmermann, der Pfarrer Iskraut, nicht fertig gebracht hätte, den Konservativen eine Gegenkandidatur entgegenzustellen, die nicht die geringsten Aussichten hatte, dafür aber den Effekt haben mußte, dem liberalen Kandidaten den Sieg zu ermöglichen. Thatsächlich wurde auch dieser Effekt erzielt. Bei der Stichwahl in Kolberg-Köslin im letzten Jahre wurde der Liberale mit reformerischer Hilfe gegen den konservativen Kandidaten des Bundes der Landwirthe gewählt. Dieser war im ersten Wahlgange seinem Gegner um einige Tausend Stimmen überlegen gewesen. Bei der Stichwahl bildeten die Trabanten des Herrn Zimmermann, die zum ersten Male in dem Wahlkreise auf der Bildfläche erschienen waren, das Zünglein an der Waage, um, wie das Endergebniß bewiesen hat, zu bethätigen, daß sie die Parteiinteressen jederzeit über das nationale Wohl stellen. Sie enthielten sich bei dem zweiten Wahlgange nicht blos der Abstimmung, sondern gaben, dem wahlverwandtschaftlichen Zug ihres Herzens folgend, im Bunde mit der Sozialdemokratie dem liberalen Kandidaten ihre Stimmen. Den Sieg, den die Freisinnigen im Juni dieses Jahres bei der Reichstagsstichwahl im brandenburgischen Wahlkreise Ruppin-Templin davontrugen, haben sie gleichfalls in der Hauptsache der deutsch-sozialen Reformpartei zu danken, die trotz vollständiger Aussichtslosigkeit eine Sonderkandidatur aufgestellt hatte, ohne die der konservative Kandidat aller Wahrscheinlichkeit nach schon im ersten Wahlgange das Mandat erhalten hätte.

„Demokratisch kann unsere Partei nicht werden", sagte Herr v. Liebermann am Dienstag in Berlin, „da Demokratie und Liberalismus verjudet sind!" Dennoch hat seine Partei seit ihrem Bestehen nichts Anderes gethan, als im demokratischen Sinne zu agitiren und zu wählen und so den Besitzstand der verjudeten Demokratie auf Kosten der nationalen Parteien zu vergrößern. Und da wundert sich Herr v. Liebermann noch, daß die Konservativen auf ihrem letzten Delegirtentage in Berlin ein für alle Mal für die Bundesgenossenschaft mit der Partei Liebermann-Zimmermann gedankt haben! So lange die deutsch-soziale Reformpartei nicht durch die That beweist, daß sie eine patriotische, monarchische, nationale und antisemitische Partei sein will, so lange sie nicht vor Allem Männer an ihre Spitze stellt, die über jeden Verdacht der Demagogie erhaben sind: so lange ist die konservative Parteileitung verpflichtet, ihre Anhänger vor jeder Beziehung zu den Reformern energisch zu warnen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. Dezbr.

Berlin. Reichstag. Die erste Berathung der Postdampfer-Novelle wird fortgesetzt. — Abg. Hammacher (nat.-lib.), der sein Urtheil lediglich auf die Motive der Vorlage stützen wollte, könnte sehr leicht zu deren Ablehnung kommen. Die Begründung, daß der Lloyd den Werften 59 Mill. Mk. zu verdienen gegeben und nur 40 Mill. Mk. vom Reiche erhalten habe, zeuge von einer volkswirthschaftlichen Naivetät, die er dem Bundesrath nicht zugetraut habe. Bevor seine Freunde zu der Vorlage Stellung nähmen, müsse von der Regierung in der Kommission Auskunft darüber erbeten werden, auf welchen Grundlagen denn eigentlich die Rechnungen des Lloyd von der Regierung geprüft worden seien und ob nicht etwa doch günstigere Bedingungen vom Lloyd erzielt werden könnten. An der Rechnung des Lloyd falle auf, daß derselbe für die 13 Doppelfahrten einen reinen Betriebsverlust von 720,000 Mk. herausrechne, was unter Zuschlag von 5 Proz. Abschreibungen auf das Anlagekapital, also von 1,300,000 Mk. einen Verlust von 2,020,000 Mk., mithin selbst nach Abzug des Reichszuschusses noch einen Verlust von 520,000 Mk. ergeben solle. Diese Rechnung bedürfe zweifellos der Nachprüfung. Anscheinend stelle der Lloyd die Frachten zu niedrig in Ansatz. Von der größten Bedeutung sei die Frage, ob nicht Rotterdam anzulaufen sei, denn nach dort gravitire der Verkehr unserer niederrheinischen Häfen. Was die Beschwerden über Beschäftigung von Chinesen ꝛc. anlangt, so kann die Regierung jetzt schon auf dem Aufsichtsweg einschreiten. Wir wünschen, daß in der Kommission etwas Positives herauskommt, denn wir erkennen an, daß im Interesse unseres Handels mit Ostasien eine Vermehrung der Schiffsgelegenheiten geboten ist, zumal angesichts der vorzüglichen Entwickelung China's. — Staatssekretär v. Stephan: Die Motive gebe ich vollständig frei (Große Heiterkeit). Die Rechnungen des Lloyd sind natürlich geprüft. Sie dürfen aber auch nicht die Assecuranz vergessen, wenn dieselbe auch bei so großen Unternehmungen nur durch Selbstversicherung erfolgt. Redner stellt ferner in Abrede, daß, wie Vorredner bemängelt hatten, vielfach starke Posten amerikanischer Waaren nach Ostasien mitgenommen würden; durchschnittlich kämen auf den Dampfer nur 7 Kubikmeter amerikanische Waare. Durchaus unzutreffend sei auch die Behauptung v. Leipziger's, die Postdampfer hätten indisches Getreide als Ballast nach Europa gebracht. Auf seine Anfrage habe er telegraphisch und brieflich vom Lloyd die Antwort erhalten, indisches Getreide sei niemals weder als Ballast noch als Frachtwaare durch Postdampfer befördert worden. — Staatssekretär v. Hollmann stellt in Abrede, daß jemals daran gedacht worden sei, auf dem Umwege dieser Vorlage eine Vermehrung der Kriegsflotte zu erlangen. Es kann auch kein Schiff zweien Herren dienen. Bei den Kriegsschiffen sind die Maschinen- und die Vitalien-Theile, bei den Handelsschiffen die Fracht- und Passagier-Räume die Hauptsache. In gewissem Maße und Sinne sind natürlich auch andere Schiffe zu kriegerischen Zwecken geeignet, so, wenn man die Maschinen durch geeignete Anlagen der Kohlenbunken möglichst schützt; aber natürlich wird niemals ein solches Handelsschiff an die Stelle eines Kriegsschiffes für den Zweck der Kriegsführung treten können, man kann es nur heranziehen für den Aufklärungs-, Transport- und Versorgungsdienst. Insofern hat die Marine allerdings ein Interesse daran, daß schon bei dem Bau der Handelsschiffe hierauf Rücksicht genommen wird und Rücksichten auch bei der Bemannung. Deshalb sind wir auch bei dieser Gelegenheit mit der Reichsbehörde in Verbindung getreten, um ein Wort mitzureden betreffs der Anlage der Kohlenbunken, der Ruhereinrichtung, des völligen Unterwassers ꝛc. und nur deswegen haben auch wir, die Marine, ein Interesse an dieser Vorlage, nicht aber, um Kriegsschiffe zu gewinnen. — Abg. Richter (freis. Volksp.): Herr v. Stephan will die Motive frei geben, wir aber geben sie nicht frei, denn gerade sie enthalten die stärksten Gründe gegen die Vorlage (Heiterkeit.) Ich bin stets Freihändler gewesen, aber ich habe den Freihandel nie so verstanden, daß wir, wie das hier geschehen würde, die ausländische Konkurrenz direkt fördern sollten. Der Import von australischer Wolle und von australischem Fleisch wird durch eine subventionirte australische Linie begünstigt, wie auch die Klagen darüber beweisen, daß die Lloyddampfer australisches Fleisch verwenden, natürlich, denn — alle Achtung vor dem deutschen Rindvieh! — der Verbrauch von deutschem Fleisch würde dem Lloyd 300,000 Mk. mehr kosten. Redner bestreitet, daß in China eine große moderne wirthschaftliche Entwickelung schon nahe bevorstehe, dieser Koloß sei durch den japanischen Krieg noch keineswegs so erschüttert worden. Li-Hung-Tschang sei dann auch etwas gar zu begeistert in Europa angefungen worden. (Heiterkeit.) Im Reichsamt des Innern habe man ganz falsche Statistiken über die Verkehrsentwickelung in China aufgestellt, indem man den im Jahre 1888 erfolgten Zollanschluß von Hamburg und Bremen außer Betracht gelassen habe. Thatsächlich sei die deutsche Ausfuhr nach China in den letzten fünf Jahren um 300,000 Mk. gefallen, die Einfuhr allerdings sei in demselben Zeitraum um etwa 5 Mill. Mk. gestiegen, auf den Lloyd entfielen davon aber nur 4 Mill. Mk. Genau um das Siebensache, nämlich um 28 Mill. Mk., sei die durch den Lloyd vermittelte Ausfuhr China's nach anderen Ländern gestiegen. Daraus folgt: Der subventionirte Lloyd hat zu ⅞ dem Ausland gedient und nur zu ⅛ uns. Da Japan, Frankreich und andere Länder ihre Schiffsverbindungen auch vermehren wollen, wird der Lloyd, wenn er für die verdoppelten Fahrten nicht genügende Fracht bekommen sollte, bemüht sein, sie unseren eigenen nichtsubventionirten Linien abzunehmen. Die Kingsin-Linie hat überdies schon 14tägige Fahrten. Zwischen der Kingsin- und der Sloman-Linie einerseits und dem Lloyd andererseits beträgt der ganze Unterschied in der Schnelligkeit auf der Ausreise nach Australien nur acht bis neun Tage, auf der Rückreise sogar nur fünf Tage. Sieht man sich genau die Statistik der Häfen an, in denen die Lloyddampfer aus- und einladen, so ergiebt sich eine starke Verfrachtung von Antwerpen nach Bremen, was also mit dem ostasiatischen Verkehr gar nichts zu thun hat. In Genua und Neapel wird nicht ein Loth deutscher Waare ausgeladen und nicht ein Loth deutscher Waare für Ostasien eingeladen. Was für ein Interesse haben wir an dem Anlaufen in Genua und Neapel? Dasselbe gilt von Southampton. Auch in Antwerpen wird gar nicht geldscht mit Bestimmung für Deutschland. Wir subventioniren somit die ausländische Konkurrenz. Der Staatssekretär hat einen sehr geschickten Schachzug gemacht, indem er sagte, in China lebten auch Missionare. Centrum, merkst Du was? (Große Heiterkeit.) Aber nicht geschickt war es, daß er hinzufügte: Es sind französische Missionare (Große Heiterkeit). Ich will ihm einen Vorschlag machen: Geben wir diese Vorlage auf, und wir wollen ihm eine große Summe bewilligen, die ausreicht, um die Missionare so viel sie wollen zwischen China und Europa hin- und herfahren zu lassen. Aus finanziellen ebenso wie aus wirthschaftlichen Gründen ist mir die Vorlage durchaus unannehmbar (Beifall links). — Abg. v. Stumm (Reichsp.): Die Industrie habe diese Vorlage mit großer Freude begrüßt. Gerathen erscheine ihm, daß man sich nicht auf die 13½ Knoten der Vorlage festlege, da uns sonst mit der Zeit andere Nationen zuvorkommen könnten. Ueber die Bilanz-Aufstellung des Lloyd werde ich der Kommission sicherlich genügende Aufschlüsse geben, denn daß der Lloyd auf dem Leder der Steuerzahler des Reiches Riemen schneiden wolle, sei ausgeschlossen. Dringend nothwendig im Interesse Süd-West-Deutschlands sei es, nach wie vor in Antwerpen anzulaufen oder doch abwechselnd mit Rotterdam. — Staatssekretär v. Stephan erwidert dem Abg. Richter: Futter, Wolle ꝛc. werde doch aus Australien nach Deutschland kommen, wenn nicht auf Lloydschiffen, dann auf anderen. In der Bemängelung der Statistik mit Rücksicht auf den 1888 erfolgten Zollanschluß von Hamburg und Bremen möge Abg. Richter formell recht haben, aber nicht materiell, denn jene Städte hätten doch keine eigenen Produktionen und Fabrikationen. Die Kingsin-Linie sei keinesfalls vom Lloyd erdrückt, es ergebe sich aus ihren Dividenden. Das Aufblühen unserer Werften datire von der Subventionirung der Lloyddampfer. Endlich sei es nicht richtig, daß das Anlaufen von Genua lediglich dem Auslande zu Gute komme. — Abg. Singer (Soz.) verwirft die Vorlage und sucht dann den Hamburger Streik zu rechtfertigen. Läge die Schuld an den Arbeitern, so wäre schon längst mit Gewalt gegen sie eingeschritten worden; man hätte sie sonst niedergeschossen, nach dem berühmten System Bismarck, dessen Folgen man ja erst jüngst an Herrn v. Tausch erlebt habe. (Ruf rechts: Lächerlich, zur Sache!) Herr v. Bötticher solle lieber seinen Einfluß dafür aufbieten, daß die Rheder zur Vernunft gebracht würden, statt, daß er sie durch solche Reden-

Triumph-Seife — Ist Nach die beste — für Wäsche und Haushalt